FraktionsRundschau

DIE FRAKTION – Zusammenschluss der Die PARTEI • Freie Wähler • PIRATEN im Römer

POLITISCHE ANZEIGE

„Neue Wege beschreiten“

Neue Wege beschreiten: Das hat sich DIE FRAKTION im Jahr 2016 auf die Fahnen geschrieben, als sich die Abgeordneten von Die PARTEI, FREIE WÄHLER und Piratenpartei nach der Kommunalwahl zu einem noch nicht dagewesenen Projekt im Römer zusammengefunden haben. Seither vereinen die Abgeordneten Nico Wehnemann (Die PARTEI), Thomas Schmitt (FREIE WÄHLER) und Herbert Förster (Piraten) unterschiedliche politische Couleur in einem konstanten parlamentarischen Projekt. Förster übernahm als erstes den Vorsitz des ungewöhnlichen Bündnisses und formulierte seinerzeit gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ den grundsätzlichen Anspruch der drei Abgeordneten: „Wir vertreten die Überzeugung, dass man nichts Neues erreichen wird, wenn nur eingetretene Pfade beschritten werden“. Seit fast fünf Jahren arbeitet DIE FRAKTION nun im Römer zusammen.

„FRAKTION setzt Duftmarken“

Den Unkenrufen aus den etablierten Fraktionen zum Trotz, wonach DIE FRAKTION ein reines Zweckbündnis sei, um öffentliche Gelder zu erhaschen, strafte das neuartige Bündnis seine Kritiker:innen Lügen. DIE FRAKTION hat in fünf Jahren Duftmarken gesetzt und deutliche Spuren in der Frankfurter Politik-Landschaft hinterlassen. In den Themenbereichen der transparenten Verwaltung und einer damit einhergehenden Bürgerbeteiligung haben die drei Abgeordneten auch gegen den Widerstand der Regierungskoalition immer wieder Themen angestoßen. Der unermüdliche Einsatz gegen unlautere und widerrechtliche Finanzierung von Parteijugendorganisationen, das Beharren auf der Verbesserung der digitalen Verwaltung und die dringend notwendige Einführung eines Video-Streams der Stadtverordnetenversammlung, sind nur einige Beispiele. „Vor rund zwei Jahren haben wir die Einrichtung eines solchen Streams zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung schon angemahnt“, sagt Thomas Schmitt. „Jetzt bestraft die Corona-Pandemie die Untätigkeit der Koalition!“

„Corona-Pandemie straft Untätigkeit der Koalition“

Und auch die von Herbert Förster in beständiger Regelmäßigkeit eingeforderte Schaffung von frei zugänglicher WLAN-Infrastruktur in ÖPNV, Schulen, Ämtern, Museen sowie im Stadtraum trägt ihre Früchte. „Wir könnten an diesem Punkt der Digitalisierung heute schon viel weiter sein“, sagt Herbert Förster. „Unserer Beharrlichkeit sei Dank lässt sich heute – nach viel zu langer Planungsdauer – aber feststellen, dass mit der Umsetzung erster zwingend notwendiger Maßnahmen begonnen wird.“

„Ohne DIE FRAKTION gäbe es das nicht“

Sichtlich zufrieden zeigt sich der kulturpolitische Sprecher der FRAKTION, Nico Wehnemann, und stellt fest: „DIE FRAKTION wirkt!“ Wehnemann bezieht sich hierbei auf das Thema der Loslösung des Caricatura Museums vom Historischen Museum und die damit verbundene Stärkung des Status des Museums für Komische Kunst, welches Träger des Hessischen Kulturpreises 2020 ist. Nico Wehnemann ist sich sicher: „Ohne die kontinuierliche parlamentarische Arbeit der FRAKTION gäbe es hier keine Neuigkeiten zu vermelden. Wir haben hier einen Meilenstein für die Zukunft der Museenlandschaft gesetzt!“

(→ mehr auf Seite 2 und 3)

EIN GRUSSWORT

von Peter Feldmann

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

Sie merken und sehen es jeden Tag, wenn Sie aufmerksam durch Frankfurt laufen: Diese Stadt verändert sich.
Es wird gebaut, neue Straßen entstehen, ganze Viertel. Schon immer in ihrer Geschichte hat sich unsere Stadt neu erfunden – weil sie neue Ideen zugelassen hat und Bürger rasch aufgenommen und integriert hat. Gerade durch ihre Rolle als Handelsmetropole konnte Frankfurt jene Stadt werden, aus der schlussendlich die erste deutsche Demokratie erwuchs. Mit der Paulskirche als ihrem Monument.
Wir arbeiten außerdem daran, die Stadt nicht nur lebenswerter zu machen – sondern alle daran teilhaben zu lassen. Mit kostenlosen Kindergärten, einem kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche, mit günstigeren Fahrpreisen, mit einem Seniorenticket und einem Mietenstopp bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften soll Frankfurt nicht nur lebenswerter werden, sondern vor allem bezahlbar. Im kommenden Jahr gibt es mit dem Kultur- und Freizeitticket und kostenfreiem Eintritt für Kinder und Jugendliche in den Zoo, Senckenberg und alle städtischen und die meisten privaten Museen einen weiteren Baustein. Und: Geht es nach uns, sollen Kinder und Jugendliche mehr Mitspracherecht bei den Entscheidungen ihrer Stadt bekommen – mit einem eigenen Parlament.
Ich wünsche Ihnen zum neuen Jahr alles Gute und viel Erfolg – auf ein Jahr mit vielerlei positiven Veränderungen!

Bild: (c) Frank Widmann.

www.die-fraktion.net
facebook.com/diefraktionffm
twitter.com/diefraktionffm
info@die-fraktion.org

DIE FRAKTION

DIE FRAKTION ist ein Zusammenschluss von Die PARTEI, Freien Wähler und PIRATEN im Römer

Die PARTEI · FREIE WÄHLER · PIRATENPARTEI Deutschland

„Das ist illegale Parteienfinanzierung!“

DIE FRAKTION geht seit Jahren gegen die mutmaßlich illegale Förderung des „Ring Politischer Jugend“ vor

Seit dem Jahr 2017 beschäftigt sich DIE FRAKTION mit der sogenannten „institutionellen Förderung“ des Vereins „Ring politischer Jugend“ (RPJ) durch Gelder aus dem Haushalt der Stadt Frankfurt. DIE FRAKTION reichte schon zum Haushalt des Jahres 2017 einen Etatantrag ein, der die sofortige Beendigung der Förderung forderte. Dies wurde wiederholt von der Regierungskoalition aus CDU, SPD und GRÜNE abgelehnt.

Wer wird gefördert?
Schon seit Jahrzehnten existiert nicht nur auf kommunaler Ebene in Frankfurt der Ring politischer Jugend (RPJ), sondern in vielen Kommunen aller 16 Bundesländer, sowie deren übergeordneter Landesverbände und ein Bundesverband. Ein Konstrukt, mit dem aus öffentlichen Fördertöpfen einzig der Nachwuchs etablierter Parteien unterstützt wird. In Frankfurt sind dies nur die Junge Union, die Jusos, die JuLis und die Grüne Jugend.

Was ist problematisch?
Parteien dürfen nach dem Parteienfinanzierungsgesetz nur Gelder von der Bundestagsverwaltung erhalten. Reicht der RPJ Mittel aus dem städtischen Haushalt einfach an zu einer Partei gehörige Jugendorganisationen weiter, wird dieses Gesetz unterlaufen. Nicht nur in den Augen der FRAKTION ist das eine illegale Parteienfinanzierung und höchst undemokratisch. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg kam 2012 zur gleichen Einschätzung.

Was geschieht jetzt?
Im Stadtparlament hat DIE FRAKTION seit 2017 über 20 Anfragen und Anträge gestellt, die von CDU, SPD, Grüne sowie FDP abgelehnt wurden, da sie um die Gelder für ihre eigenen Jugendorganisationen fürchten. Auf begründete juristische Einwände hat die zuständige Stadträtin Daniele Birkenfeld (CDU) jede konkrete Antwort bislang verweigert.

Was tut DIE FRAKTION?
Es wurde eine Klage gegen die Stadt Frankfurt eingereicht und Anzeige erstattet.

WAS IST DAS? – „RING POLITISCHER JUGEND“

Der „Ring politischer Jugend“ ist ein eingetragener Verein, der für sich selbst als Hauptaufgabe die politische Bildung von jungen Menschen definiert hat. Dafür erhält der Verein derzeit rund 25.000 Euro aus dem Haushalt der Stadt Frankfurt. Diese Gelder werden jedoch exklusiv an die Jugendorganisationen von CDU, SPD, Grüne und FDP verteilt. Die anderen Parteien, Organisationen und Bildungsträger erhalten hiervon leider nichts.

DIE FRAKTION WIRKT

Organspendeausweis für Frankfurter:innen

Einer Initiative der FRAKTION aus dem Mai 2019 ist es zu verdanken, dass in den Frankfurter Bürgerämtern Organspendeausweise und dazugehöriges Infomaterial an die Bürger:innen ausgehändigt werden. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind 81 Prozent der Deutschen grundsätzlich zu einer Organ- und Gewebeentnahme nach dem Tod bereit. Doch viele Spendewillige haben bislang noch keinen Organspendeausweis ausgefüllt. Dabei ist die Situation für viele Menschen geradezu dramatisch. Etwa 10.000 Menschen warten derzeit deutschlandweit auf ein Spenderorgan. Mit diesem Angebot schaffen wir eine niedrigschwellige Möglichkeit, die Bürger:innen Frankfurts über Organspende zu informieren und ihnen einen Ausweis zur Verfügung zu stellen.

Ein Parkhausleitsystem in Echtzeit

Nicht nur das Verkehrsaufkommen der Zukunft entwickeln, sondern den aktuellen Zustand verbessern: Die Stadtverordneten haben einem Antrag der FRAKTION zugestimmt, das digitale Parkleitsystem auszubauen und für die Autofahrerinnen und Autofahrer einfacher zu präsentieren. Auf der Homepage der Frankfurter Parkhausgesellschaft können sich Besucherinnen und Besucher der Stadt in Echtzeit informieren, in welcher Garage noch Platz ist. So können unnötige Wege bei der Parkplatzsuche vermieden werden. Darüber hinaus arbeitet der Bundesverband Parken an einer Lösung, mit der die Parkhausdaten künftig beispielsweise in Google verfügbar werden.

www.parkhausfrankfurt.de

Eigenständiges Caricatura

Zum zehnjährigen Bestehen des Caricatura Museums, Museum für Komische Kunst, wurde das „Schönste Museum der Welt“ im Jahr 2018 vom Historischen Museum (HMF) losgelöst. Damit wird das Karikaturenmuseum nicht mehr nur als Abteilung des HMF geführt. DIE FRAKTION hat die Eigenständigkeitsbestrebungen des Caricatura Museums von Beginn an parlamentarisch begleitet und immer wieder eine Stärkung der Komischen Kunst in der „Hauptstadt der Satire“ gefordert. Die Hartnäckigkeit hat sich gelohnt: Im September 2018 stimmten die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung endlich dem Antrag der FRAKTION zu.

Gegen LSBTIQ-freie Zonen in Frankfurts Partnerstadt

Eine klare Linie bei Menschenrechtsverletzung in der Partnerstadt Krakau fordert DIE FRAKTION. „Diskriminierung muss Konsequenzen haben!“ ist die Devise der FRAKTION, die einen dringlichen Antrag vorgelegt hatte, weil Frankfurts Partnerstadt Krakau droht, eine sogenannte „LSBTIQ-freie Zone“ zu werden. Bereits fünf Regierungsbezirke, 37 Landkreise und 55 Gemeinden in Polen haben sich zu solchen Zonen erklärt. DIE FRAKTION würde die Städtepartnerschaft mit Krakau in Frage stellen, sollte die Stadtverwaltung dort Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität diskriminieren.

Tempo 100 auf dem Mainkai

DIE FRAKTION forderte in einem Antrag die Einrichtung einer Kraftfahrstraße auf dem Mainkai. „Den Frankfurter Autofahrer:innen soll die Möglichkeit gegeben werden, das aufzuholen, was ihnen durch den Verkehrsversuch in den zwölf Monaten verwehrt geblieben war.“ Flugs folgte die cDU dem Antrag der FRAKTION und öffnete den Mainkai wieder für den Autoverkehr.

Politiker des Monats

Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD)
Von Martin Kraft – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=78434874

„Frankfurt braucht einen zweiten Citytunnel“

Frankfurt hat sich nicht zuletzt mit der Annahme des Maßnahmenpakets des Radentscheids auf die Fahnen geschrieben, in den kommenden Jahren eine grundlegende Verkehrswende einzuleiten und den motorisierten Individualverkehr im Stadtgebiet drastisch zu reduzieren. Um dies erreichen zu können, müssen – neben einer Fahrpreisreduzierung – dringend weitere Kapazitäten für den ÖPNV geschaffen werden. Der bestehende S-Bahn-Tunnel ist bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet und trotz Eröffnung des neuen digitalen Stellwerks störungsanfällig. Abhilfe kann hier ein neuer, zweiter Tunnel schaffen, der parallel zum bisherigen verläuft und weitere Linien aufnehmen kann. Dass dies gelingen kann, haben andere Kommunen bereits erfolgreich vorgelebt: So gibt es z.B. in München derzeit ein entsprechendes Projekt, das voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein wird. DIE FRAKTION hat dieses Thema im Februar 2020 als Idee in den Römer eingebracht. Gefordert wurde die Freigabe von Geldern in der Höhe von 4 Milliarden Euro zur Planung und Realisierung des Baus eines zweiten City-Tunnels. Gleichzeitig sollte sich der Magistrat bei Land und Bund um geeignete Fördermaßnahmen bemühen, um den zur Verfügung stehenden Etat noch weiter zu erhöhen. Für eine Zukunft mit einem besseren ÖPNV führt kein Weg an einem Ausbau der Kapazitäten vorbei. Vorbild München baut seine Parallelstrecke für 3,8 Mrd. Euro und sorgt damit für eine Verdopplung der Kapazitäten. In Zeiten des Klimawandels, der regen Diskussion um autofreie Innenstädte und bessere Lebensqualität setzt DIE FRAKTION sich dafür ein, dieses äußerst ambitionierte Projekt vorranzutreiben. Es scheint nur auf den ersten Blick groß und teuer zu sein, doch die Anstrengungen werden sich lohnen, und Generationen künftiger Frankfurter:innen werden es uns danken – falls der Magistrat doch noch zu überzeugen ist.

NICO WEHNEMANN

„Unglaublich süß, aber kaum zu ertragen“

Herr Wehnemann, weshalb sind Sie der wichtigste Politiker dieser Stadt?
Ich bin ein machtgeiler Politiker, wie alle anderen auch, aber mit dem Herz auf dem rechten Fleck (links). Neben der Wichtigkeit zeichnet mich aus, dass ich bei weitem der gefährlichste, aber auch überschätzteste Politiker bin. Was mich wichtig macht, sind meine zahlreichen Twitter-Follower. Politik wird heutzutage im Internet gemacht und ich kenne mich aus: YouTube, Pornhub, TikTak – ich kann alle neuen Medien blind bedienen Pornhub sogar einhändig.

Wie würden Sie ihren Politikstil beschreiben: Herb wie ein Römerpils oder spritzig wie ein Apfelwein?
Ich vergleiche mich mit einem Apfelwein mit Cola. Unglaublich süß, aber kaum zu ertragen.

Sie sind seit vier Jahren Mitglied des Stadtparlaments, und DIE FRAKTION konnte aus der Opposition heraus Themen durchsetzen. Dabei wollten Sie als Politiker im Römer absolut nichts tun. Sehen Sie Ihre Glaubwürdigkeit in Gefahr?
Es macht mich erst zu einem glaubwürdigen Politiker, Wahlversprechen zu brechen und die Wähler:innen komplett zu verarschen. Ich wundere mich daher über diese Frage. Natürlich ist es mir peinlich, dass Kollegin Dorn von der sPD wirklich weniger anwesend war als ich. Aber ja: Wir haben einiges geschafft. Das Jugendparlament ist dank uns im Kommen, das Caricatura Museum wäre ohne unsere Initiative nicht auf dem Weg in eine komplette Eigenständigkeit, und die Bahnhofsviertelnacht sollte abgewickelt werden, was wir verhindern konnten. Wir entlarven die anderen Parteien ständig, indem wir deren Peinlichkeiten in die Öffentlichkeit tragen. Freibier von uns gab es auch. Dies sind nur einige Beispiele für unsere gute Arbeit, und das macht uns zur besten und erfolgreichsten Opposition seit Kriegsende.

Im Verkehrsausschuss engagieren Sie sich für den Ausbau des ÖPNV in Frankfurt. Welche Akzente wünschen Sie und DIE FRAKTION sich für die Stadt?
Die Ära des Autos ist vorbei, und das muss sich auch in unserer Politik widerspiegeln. Die cDU fordert den Tunnel für den Autoverkehr. Ich erhöhe und wünsche mir einen Tunnel zum Mond – als Einbahnstraße. Da können wir alle Autos durchschicken und Frankfurt lebenswerter machen.

Sie waren mit dem Oberbürgermeister in China?
Stimmt.

Was haben Sie dort gelernt? Gibt es etwas, das Sie mit nach Frankfurt gebracht haben?
In China gehen die Uhren anders – andere Zeitzone eben. Zum Beispiel wird dort ein Wohnviertel für 30.000 Menschen innerhalb von zwei Jahren hochgezogen. Für eine U-Bahn braucht die Partnerstadt Guangzhou mal eben nur drei Jahre. In Shanghai haben wir gelernt, dass es möglich ist, eine komplette Busflotte (17.000) innerhalb von zwei Jahren auf Elektroantrieb umzustellen. Wir brauchen hier für fünf E-Busse viele Jahre. Auch in puncto Demokratie kann man viel lernen. Leider nur Negatives.

Als Stadtverordneter der Die PARTEI haben Sie einen neuen Stil ins Parlament gebracht. Wie kommt der an?
Um die Mittel der Satire, wie ich sie auch in meinen Anträgen und Reden verwende, zu verstehen, setzt es einen gewissen Grad an Intelligenz voraus. Die Denksportler der AfD-Fraktion haben damit seit Beginn der Wahlperiode große Probleme. Bei den BBF (Bürger für Frankfurt) sieht es ähnlich aus. Deren Fraktionsvorsitzender hat sogar mal einen Essay über mich verfasst. Bei den großen Fraktionen gibt es auch öfter mal „Aufreger“: Als es darum ging, dass die Buchmesse mit einem Hygienekonzept vielleicht doch hätte stattfinden können, indem mehr Hallen genutzt würden, hatte ich den Gesundheitsdezernenten gefragt, ob es möglich wäre, eine Halle freizuhalten und als „Leichenhalle“ auszuweisen. Empörung und lautes Geschrei seitens der Grünen-Fraktion war die Folge. Wer auch nur einmal auf die Situation in Italien geschaut hat, hätte meine Intention verstehen können.

Nennen Sie uns bitte die sieben Kräuter der Grünen Soße.
Nein.

Es wird ernst für das Caricatura

Das Caricatura Museum für Komische Kunst hat sich bundesweit einen Namen gemacht und ist seit seiner Einrichtung 2008 aus der Frankfurter Kulturlandschaft nicht wegzudenken. Doch mit dem 10-jährigen Bestehen des Hauses wurde es ernst mit der Komischen Kunst. Das Haus hing maßgeblich am Tropf des Historischen Museums Frankfurt (HMF). Dessen Chef hatte sich mit dem Caricatura-Direktor überworfen – nichts ging mehr. Denn die damaligen Stadtverordneten richteten zwar das Museum ein, aus Kostengründen aber nicht als eigenständiges Haus. Die Verwaltung und die Verantwortung wurde dem Historischen Museum zugetragen. So gab es weder einen transparenten Etat – dieser war im Etat des Historischen Museums „versteckt“ – noch eine transparente Verwaltung. Damit musste Schluss sein. Da sich hinter den Kulissen nichts mehr bewegte, ging DIE FRAKTION mit dem Thema an die Öffentlichkeit. Im Mai 2018 zankten sich dann Jan Gerchow, Chef des HMF, mit Caricatura-Direktor Achim Frenz in der Presse. Mehrere Anträge zur Eigenständigkeit des Caricatura wurden von der FRAKTION auf den Weg gebracht, ein eigener Etat im Haushaltspunkt eingerichtet und der Streit im Ausschuss fortgeführt. Nach vielen Monaten der öffentlichen Diskussion vermeldete das Kulturdezernat: „Das Caricatura wird eigenständig“. Das Dranbleiben hat sich also gelohnt. Leider aber nicht ganz. Anstatt dem Museum nun eine eigene Verwaltung zu ermöglichen und es komplett eigenständig zu organisieren, wurde die Verantwortung der Caricatura-Angelegenheiten vom Historischen Museum einfach dem Kulturamt zugeschlagen. Geändert hat sich für Herrn Frenz also nicht viel. Noch nicht.

Hansestadt Frankfurt

Handelsstadt, aber nicht Hansestadt, das ist das Frankfurt, wie wir es heute kennen. DIE FRAKTION will das ändern. Mehrfach hat sie dem Magistrat den Beitritt zum Städtebund „Die Hanse“ ans Herz gelegt, zugestimmt wurde den Anträgen bislang jedoch nicht. Dies verwundert: Ein Beitritt zur Hanse kostet lediglich einmalig 300€ und einen jährlichen Beitrag von 30€. Mehrfach wurde dem Oberbürgermeister angeboten, diese Beträge privat zu spenden. Warum der Magistrat sich dennoch nicht bewegt, ist fraglich. Dabei geht es auch anders: DIE FRAKTION Hannover brachte gleichlautende Anträge in ihr Parlament ein. Dort wurde der Antrag von der Verwaltung geprüft. Im mehrseitigen Bericht spricht die Stadt vom Knüpfen von Netzwerken für Kunst, Kultur und Handel – Hansestädte gibt es in vielen Ländern –, verspricht sich ein Plus an Touristen und bessere internationale Beziehungen. Hannover ist nun Hansestadt und profitiert vom Städtebund. DIE FRAKTION fordert weiter den Beitritt zur Hanse und wird nicht ruhen, bis Peter Feldmann einen Hansetag samt Schiffstaufe in Frankfurt eröffnen wird.

HERBERT FÖRSTER

„Müssen die Stadt als Ganzes im Blick haben“

Sie stehen für das Prinzip wechselnder Mehrheiten. Wie stellt sich das in der Fraktionsarbeit dar?
Gerade in einer Fraktion mit unserem Zusammenschnitt ist dieses Prinzip dauerpräsent. Ich als Pirat mit sozialliberalem, humanistischem Ansatz treffe hier mit einem Stadtverordneten der Satirepartei „Die PARTEI“ und einem Stadtverordneten der eher bürgerlichen „FREIE WÄHLER“ zusammen. Da gilt es nicht nur, die Vorstellungen von uns Dreien unter einen Hut zu bekommen, sondern auch die Programmatik der jeweiligen Parteibasis zu berücksichtigen. Je nachdem, welche Stadtteile von einem Beschluss betroffen sind, können auch die Wünsche der Ortsbeiratsmitglieder unserer Parteien und unsere Vorstellungen für die Gestaltung unserer Stadt hier im Römer weit auseinandergehen. Als Stadtverordnete müssen wir vor allem die Stadt als Ganzes im Blick haben. Das sind die Momente, in welchen wir mit einer Abstimmung „zwei gegen einen“ unsere Beschlüsse fassen. Der Unterlegene muss das akzeptieren und bei seiner Partei vertreten. Wir sind in dieser Wahlperiode mit diesem Prinzip sehr gut gefahren.

Könnten auch Magistrat und Stadtparlament auf diese Weise zusammenarbeiten?
Natürlich! Die aktuelle Koalition von CDU, GRÜNE und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass ein Antrag abgelehnt wird, wenn nur eine Koalitionsfraktion dagegen ist. Ein Koalitionspartner hat damit die Möglichkeit, die Mehrheit zu blockieren. Dies sorgt de facto für eine Lähmung des Stadtparlaments und bedeutet, dass wichtige Anträge der Oppositionsfraktionen praktisch nie eine Mehrheit bekommen. Eine Koalition der großen Parteien zementiert nur deren Macht. Ein Parlament mit wechselnden Mehrheiten macht es möglich, Sachentscheidungen zu treffen abseits der Klientelpolitik von Parteien. Das altbackene Argument ist: „Wir brauchen eine Koalition, um eine verlässliche Stadtregierung zu haben!“ – Doch das zieht nicht mehr. Die Frankfurter haben ein Recht darauf, dass das Ergebnis ihrer Wahl sich in den Beschlüssen des Parlaments abbildet. Wenn eine Fraktion eine Mehrheit für ihre Anträge haben möchte, muss sie bei den anderen darum werben.

Von der großen Koalition sind keine Visionen zu erwarten. Wird Kommunalpolitik in Zukunft nur noch kleinteilig funktionieren?
Es zeigt sich schon seit langem, dass die Anzahl der kleinen Parteien steigt. Aktuell sind in der Stadtverordnetenversammlung 15 Parteien und Wählergemeinschaften in neun Fraktionen vertreten. Wenn Kommunalpolitik glaubhaft sein soll, müssen alle Fraktionen ihre Positionen ohne Blockade durch Koalitionen zur Beschlussfassung stellen können. Es muss Konsens sein, dass jeder Stadtverordnete nach seinem Gewissen entscheiden kann.

Sie haben immer wieder die Zusammenarbeit mit Vereinen und NGOs wie beispielsweise „Transparency International“ oder aber auch mit der lokalen Gruppe der Initiative „Freifunk“ angeregt. Welche Vorteile sehen Sie in der sachbezogenen Zusammenarbeit?
Die Vereine und NGOs repräsentieren für mich das Interesse der Menschen abseits von Parteien. Wenn die Spezialisierung eines Vereins oder einer Organisation die Lösung einer Aufgabe ermöglicht und dabei noch die Menschen mitnimmt, schafft dies Synergien und Akzeptanz auf einer breiten Basis. Die Förderung des Stadttaubenprojekts beispielsweise hilft, den Tauben in der Stadt tierschutzgerecht Herr zu werden. Mit dem Verein „Freifunk Frankfurt“ könnte ein stadtweites, datenschutzgerechtes WLAN-Netz ohne Limit und Anmeldezwang verwirklicht werden. Und die Forderungen von „Transparency International“ sind eine Richtschnur, welche sich die Stadt in puncto Transparenz in Politik und Verwaltung unbedingt als Maßgabe geben müsste. Man sieht also, wohin es mit solcher Zusammenarbeit gehen könnte. Das ist dann Handeln im Sinne der Menschen unserer Stadt!

Aus dem Planungsausschuss

Kaum ein anderer Ausschuss beeinflusst das Leben in der Stadt so sehr wie der Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau. Dies zeigt sich auch in der stets recht hohen Anzahl der anwesenden Bürger:innen und Initiativen. Dem trägt der Ausschuss seit einiger Zeit Rechnung, indem jene sich nicht mehr in der Bürgersprechstunde, sondern bei der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes zu Wort melden können. Dadurch übersteigt die Zeit, in welcher sich die Bürger:innen zu Wort melden können, die klassische Sprechstunde.

Der Spagat zwischen Umweltschutz und Wohnungsbau ist die größte Herausforderung für die Abgeordneten. Der Ansatz der FRAKTION ist kurz gefasst: Nachverdichten, wo es möglich ist, Frischluftschneisen erhalten, neue Baugebiete umweltfreundlich und klimaneutral entwickeln.

Um den Preissteigerungen bei Mieten und Kaufpreisen entgegenzuwirken, muss mit neuem Wohnungsbau reagiert werden. Dabei muss bestehendes Grün in geeigneter Weise ersetzt werden, um das Klima zu schützen. Die Frischluftschneisen müssen erhalten werden, um die Kaltluftzufuhr zur Innenstadt zu gewährleisten. Die Stadtverordneten müssen Bebauungspläne beschließen, die horizontale und vertikale Gebäudebegrünung, Maßnahmen zur Versickerung und Nutzung von Regenwasser sowie Solarenergieanlagen zur Bedingung machen.

Der Grüngürtel um die Stadt darf nicht angetastet werden. Herbert Förster steht für die Einhausung der Autobahn A661 auf maximaler Länge. Der inzwischen verabschiedete Beschluss für die kürzeste Variante wurde von der Mehrheit der Opposition nicht mitgetragen. Der Mut, für die Menschen an der A661 mehr Geld auszugeben, fehlte hier eindeutig. Dass die Regierungskoalition die kürzeste Variante umsetzen wird, ist für Anwohner:innen und Klima zu wenig.

Was zu tun ist ...

Seit mehr als einem halben Jahr macht die Koalition keine Sachpolitik mehr, sondern arbeitet sich nur am Koalitionspartner ab“, sagt Herbert Förster. Während es in der Wahlperiode 2011-2016 der Koalition aus CDU und Grüne noch möglich war, bis kurz vor der Wahl Politik zur Sache zu machen, blockiert sich die aktuelle Koalition.

Nicht zuletzt wegen der Aktionen des OB Peter Feldmann (SPD) entzündet sich immer wieder Streit in der Koalition. Während es der SPD in den letzten vier Jahren gelang, nach außen von ihrem OB professionellen Abstand zu halten, scheint die AWO-Affäre dafür gesorgt zu haben, dass sich die SPD-Fraktion und Peter Feldmann seit April 2020 Schützenhilfe geben, um besonders gegen CDU und Grüne zu schießen. Dabei zögert der Oberbürgermeister nicht, von seinen Rechten nach der Gemeindeordnung Gebrauch zu machen und bestimmten Stadträten Redezeit in der Plenarsitzung zu verweigern. Regierungsfähigkeit kann so nicht vorgetäuscht werden.

Diese Koalition schafft mehr Probleme als Lösungen und zementiert ein „Weiter so“, das sich Frankfurt nicht leistens kann. Die Wähler:innen können Koalitionen in dieser Form verhindern.

THOMAS SCHMITT

„Anliegen der Menschen ernst nehmen!“

Als Abgeordneter müssen Sie ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger haben. Besonders große Projekte wie das „Innovationsviertel“, die „Günthersburghöfe“ oder das „Ernst-May-Viertel“ sorgten für erheblichen Redebedarf bei den Bürger:innen. Muss der Magistrat präsenter werden?
Die Dezernenten kommen in die Ortsbeiräte und berichten den Bürgerinnen und Bürgern. Aber häufig erst dann, wenn die großen Fragen schon entschieden sind. Es bringt nichts, wenn wir die Frankfurterinnen und Frankfurter vor vollendete Tatsachen stellen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass die Menschen in große Entscheidungen eingebunden werden wollen. Als Abgeordnete im Stadtparlament vertreten wir zwar die Bürgerinnen und Bürger. Bei Zukunftsprojekten müssen wir aber noch stärker mit den Menschen vor Ort sprechen und ihre Anliegen ernst nehmen.

Sie sind Mitglied in zahlreichen Vereinen, sind zum Beispiel Ehrensenator des Großen Rats und bemühen sich ehrenamtlich um den FSV. Funktioniert das Zusammenspiel von Politik und Vereinen?
Nehmen wir Bornheim als Beispiel, das der Stadtteil mit dem größten Vereinsring in Frankfurt ist. Die 65 dort vertretenen Vereine engagieren sich für ein intaktes soziales Gefüge. Die Ortsbeiräte geben die Belange der Vereine immer wieder an den Magistrat weiter, finden aber häufig wenig Gehör.

Können Sie hier ein konkretes Beispiel nennen?
Der Vereinsring wünscht sich seit langem ein neues Quartier, nachdem viele Vereine ihre Räumlichkeiten im ehemaligen Bunker an der Petterweilstraße aufgeben mussten. Doch der Magistrat lässt hier eindeutige Aussagen vermissen, obwohl der Ortsbeirat eine solche Nutzung des Bunkers angeregt hatte. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG sichert zwar Platz für die Vereine zu. Die Chance, einen Stadtteiltreff einzurichten, wie es sich der Vereinsring wünscht, wird von der ABG wohl leider nicht umgesetzt werden.

Auf der anderen Seite fordern Vereine wie die Skyliners oder die Löwen den Bau einer Multifunktionsarena. In dieses Thema kommt seit vielen Jahren keine Bewegung. Wie erklären Sie sich das?
Frankfurt steht für Spitzensport und beheimatet nicht ohne Grund zahlreiche Bundesligisten oder veranstaltet hoch angesehene Events wie den Ironman. Doch wenn die Stadt ihrem selbstgegebenen Ruf als „Sportstadt“ gerecht werden will, dann muss der Magistrat hierfür gezielt Geld in die Hand nehmen. Die Skyliners und Löwen melden nicht erst seit gestern Bedarf für zukunftsfähige Spielstätten an. Die Zukunft unserer Profivereine steht auf dem Spiel. Das wird der Sportstadt Frankfurt nicht gerecht und ist ein Armutszeugnis.

Was hätte man besser machen müssen?
Der Magistrat und der von Beginn an für den Bau der Mulitfunktionsarena zuständige Dezernent Markus Frank hätten ergebnisoffener an das Thema herangehen müssen. Die Festlegung auf den Kaiserleikreisel und die Bevorzugung des Bieters Langano haben das Projekt zwangsläufig zum Scheitern gebracht. Dass der zunächst weniger berücksichtigte Bieter nach dem Aus von Langano dann ebenfalls den Rückzieher machte, wundert am Ende niemanden mehr.

Als waschechter Frankfurter haben Sie sich immer wieder für eine Wiederbelebung des Ratskellers im Römer eingesetzt. Wieso liegt Ihnen der Ratskeller so am Herzen?
Der Ratskeller könnte am Rande der neuen Altstadt ein Magnet für Touristinnen und Touristen aus aller Welt werden. Der touristische Zuspruch zieht aber auch ein infrastrukturelles Problem nach sich: Denn irgendwo müssen die Besucherinnen und Besucher der Stadt sich auch niederlassen können. Der Ratskeller könnte an dieser Stelle das gastronomische Angebot entscheidend erweitern. Und auch die Einheimischen wünschen sich, in ihrem Römer wieder einkehren zu können. In jeder anderen großen Stadt trifft man sich gerne im Ratskeller auf einen Schoppen. Es wird also höchste Zeit, dass hier Bewegung in die Sache kommt. Der Ratskeller ist ein Ort für alle Frankfurter!

Parkraumkonzept Bornheim

Als Freier Wähler und eingeborener „Bernemer“ ist Thomas Schmitt der Mann für Bornheim bei DIE FRAKTION. Nachdem er von 2011 bis 2016 fünf Jahre lang die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Ortsbeirat 4 vertrat, setzt er sich seit 2016 im Römer insbesondere für seinen Heimatstadtteil ein. Besonders das Thema der Parkraumbewirtschaftung und -überwachung hat er in den vergangenen Jahren stets kritisch begleitet.

Die Bürgerinnen und Bürger Bornheims hatten 20 Jahre lang auf die Umsetzung des Projekts gewartet. Da der halbe Ortsteil durch Pendlerinnen und Pendler in dieser Zeit zugeparkt wurde, ist dies nun umgesetzt worden. „Leider hat der Magistrat es aber nicht zu Ende gedacht, da in Bornheim viele kleine und mittelständige Betriebe ansässig sind“, weist Thomas Schmitt auf große Probleme bei der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung hin. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vor Ort ansässigen Gewerbe und Betriebe sind die Leidtragenden. „Die Arbeitnehmerinnen, die hier vor Ort tätig sind, müssen nun kostenpflichtig parken“, erklärt Schmitt. „Mit ihnen trifft es aber die Falschen: Das Konzept sollte vor allem jene Pendler aus Bornheim heraushalten, die von dort mit dem ÖPNV in andere Ortsbezirke weiterfahren und den Parkraum für Anwohnerinnen und Anwohner blockieren“.

Deshalb fordern Thomas Schmitt und DIE FRAKTION, dass das Parkraumkonzept nachgebessert wird und Sonderparkausweise eingeführt werden, wie es zum Beispiel in München, Köln und Stuttgart geregelt wird. Dort können Menschen ihre Autos gebührenfrei parken, wenn diese unmittelbar vor Ort arbeiten. Soziale Dienste und die Gewerbetreibenden des Handwerks sind zwei Beispiele, die klar machen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Für Schmitt steht fest: „Mit Weitsicht und Lernbereitschaft finden wir hier eine Lösung, die allen gerecht wird.“

Was mir wichtig ist

Politische Teilhabe geht in einem Parlament mit 15 Parteien und Gruppierungen immer mit dem Wettbewerb der Meinungen und Anliegen einher. Die aktuelle Wahlperiode hat gezeigt, dass wir uns als Politikerinnen und Politiker mehr auf die konkreten Anliegen der Menschen unserer Stadt konzentrieren müssen“, sagt Thomas Schmitt. Als wirtschaftspolitischer Sprecher der FRAKTION setzt sich der Abgeordnete für eine sach- und lösungsorientierte Politik im Stadtparlament ein. So hat sich der Freie Wähler immer wieder für eine pragmatische Lösung beim Thema der Multifunktionsarena stark gemacht. „Auch in anderen Themenbereichen muss ich immer wieder feststellen, dass die Parteilinie wichtiger zu sein scheint, als ein konkretes Ergebnis zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger“, erklärt Schmitt und spielt damit auf Themenbereiche wie die Diskussion um die Zukunft der städtischen Bühnen an.

„Das Ergebnis ist oftmals ein Investitionsstau, wie wir ihn auch bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen beobachten können“, so Schmitt, der die DIE FRAKTION auch im Bildungsausschuss vertritt: „Ohne diese grundsätzlichen politischen Positionsstreitigkeiten würden die Kinder unserer Stadt wahrscheinlich schon längst in den modernsten Schulen Deutschlands lernen.“

EIN GASTBEITRAG VON STADTSCHULSPRECHER PAUL HARDER

Ein Jugendparlament für Frankfurt

Schon lange existiert die Idee und der Wunsch, die politische Teilhabe von jungen Menschen in Frankfurt zu institutionalisieren. Bereits in den 90ern war es Thema in der Stadtverordnetenversammlung, 2010 wurde es wieder vom Frankfurter Jugendring (FJR) aufgegriffen, und 2018 mahnte die damalige Vorsitzende des FJR, Vanessa Lehr, die Rechte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erneut an. Paul Harder, Stadtschulsprecher Frankfurts, forderte dann im März 2019 nach zahllosen Gesprächen mit Frankfurter Jugendparteien in einem Interview der Frankfurter Rundschau bessere Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene.

Daraufhin trat Nico Wehnemann, damaliger Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE FRAKTION im Römer, mit dem Stadtschüler:innenrat (SSR) in Kontakt, bekundete sein Interesse an Pauls Vorstoß und gab der Idee endlich eine reale Möglichkeit, in einem politischen Rahmen ernsthaft wahrgenommen zu werden. DIE FRAKTION stellte also einen Antrag auf Prüfung der Möglichkeiten, die die hessische Gemeindeordnung aufweist. Das Projekt kam ins Rollen. Von da an ging es Schlag auf Schlag, denn keine Woche später sprach sich auch Bettina Wiesmann (CDU), Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt, für ein Jugendparlament aus. Dieses Anliegen wurde dann auch im April 2019 gegenüber dem Oberbürgermeister Peter Feldmann geäußert, welcher von der Idee begeistert war.

Fridays for Future und andere Bewegungen zeigten in den letzten Jahren erneut auf, wie hochpolitisch die Jugend entgegen weitverbreiteter Meinungen ist. Die oft gehörte Aussage, dass die aktuelle Jugend unpolitisch sei, ist und bleibt eine Fehleinschätzung. Gemeinsam forderten Jugendliche – unabhängig ihrer politischen Ausrichtung – offene und ehrliche Partizipation, um gehört und ernstgenommen zu werden.

Es bildete sich ein Zusammenschluss Interessierter, welcher bald durch dieses Projekt eine Stimme bekommen sollte. Den Anfang machte eine Delegation von Stadtverordneten aus allen größeren Fraktionen gemeinsam mit Paul Harder, die zu dem bestehenden Jugendparlament in Wiesbaden fuhren, um sich vor Ort die Strukturen anzuschauen.

Im Mai kontaktierte der FJR dann erstmals den SSR, um aus der entstandenen Idee eine großes Projekt zu machen und sie entschlossen sich, dabei zu kooperieren. Es entstand der Arbeitskreis Partizipation, der den Grundstein für das jetzige Projekt legte. Der Arbeitskreis ist ein Gremium bestehend aus Expert:innen aus Wissenschaft, Politik und Jugend und sorgt für die politische Legitimation und den gegenseitigen Austausch.

Ein paar Monate später organisierte das Jugenddezernat der Stadt Frankfurt einen ausführlichen Austausch mit dem Jugendrat in Stuttgart, bei dem nun ebenfalls Vertreter:innen vom Frankfurter Jugendring dabei waren. Dass ein Jugendparlament von Nöten ist, war nun klar, und man hatte auch gesehen, wie es in anderen Städten funktioniert. Doch bislang war es bei einem Gespräch über Jugendliche ohne wahre Repräsentation von Jugendlichen geblieben. Bislang waren sowohl der Stadtschüler:innenrat als auch der Frankfurter Jugendring die Hauptansprechpartner:innen beim Thema Jugendliche für die Städtepolitik gewesen – der SSR als Vertreter der Frankfurter Schüler:innen und der FJR als Vertreter der Jugendverbände in Frankfurt. Berechtigterweise wurden in der Vergangenheit von beiden Seiten Bedenken bezüglich dieser privilegierten Position geäußert, denn obwohl sie einen bestimmten Teil der Jugend vertreten, spiegeln sie diese nicht in Gänze wider. Dabei war es doch genau das, was sie nun versuchten, zu ändern.

In den Sommerferien 2019 zog das Thema in die Hallen der Frankfurter Stadtpolitik ein. Im Römer organisierten FJR und SSR einen Kongress, bei dem sich Jugendliche einbringen und engagieren konnten. Die Resonanz war erstaunlich groß. Die Planungsgruppe wollte nun auch Beteiligungsmöglichkeiten in den Schulen in die Gestaltung des Projektes mit einbeziehen. Folglich fanden seit dem Dezember 2019 zahlreiche Schulbesuche gemeinsam mit dem Oberbürgermeister statt.

Schnell wurde klar, dass sie mehr als nur ein Jugendparlament wollten, und es entstand die Idee eines stadtweiten Partizipationskonzeptes. Dieses sollte anders als andere Strukturen nicht davon behaftet sein, dass hauptsächlich hoch politisierte Jugendliche aus gutem Hause die Möglichkeit bekommen, sich zu Themen zu äußern, sondern eine Plattform bieten, auf der alle Interessierten ihre Ideen und Bedürfnisse äußern können. Seither steht die Planungsgruppe, im regen Austausch mit der Stadtpolitik, dem Kinderbüro und dem AK an der Erstellung dieses stadtweiten Konzeptes. Wir brauchen Strukturen, in denen Kinder und Jugendliche ernst genommen werden können und müssen. Dabei gilt es gleichzeitig zu gewährleisten, dass es eine niedrigschwellige und realistische Möglichkeit für alle Jugendlichen Frankfurts zur Partizipation gibt. Der Anspruch soll sein, eine sowohl repräsentative sowie offene Form der Beteiligung auf stadtweiter Ebene, in den jeweiligen Ortsbezirken sowie auf der untersten Ebene der Stadtteile, zu etablieren.

WAS IST DAS JUGENDPARLAMENT?

Die Hessische Gemeindeordnung sieht seit 2005 die Einrichtung von Kinder und Jugendbeiräten und -parlamenten vor und setzt damit die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 um. Die Hauptaufgabe eines Kinder- und Jugendparlaments ist es, sich für die Interessen, Wünsche und Belange aller Kinder und Jugendlichen in der jeweiligen Stadt einzusetzen und dieser gegenüber den Erwachsenen zu vertreten. Die Einrichtung ist fakultativ. Jugendparlamente in Hessen gibt es zum Beispiel in Freigericht, in Marburg, Offenbach und Wiesbaden.

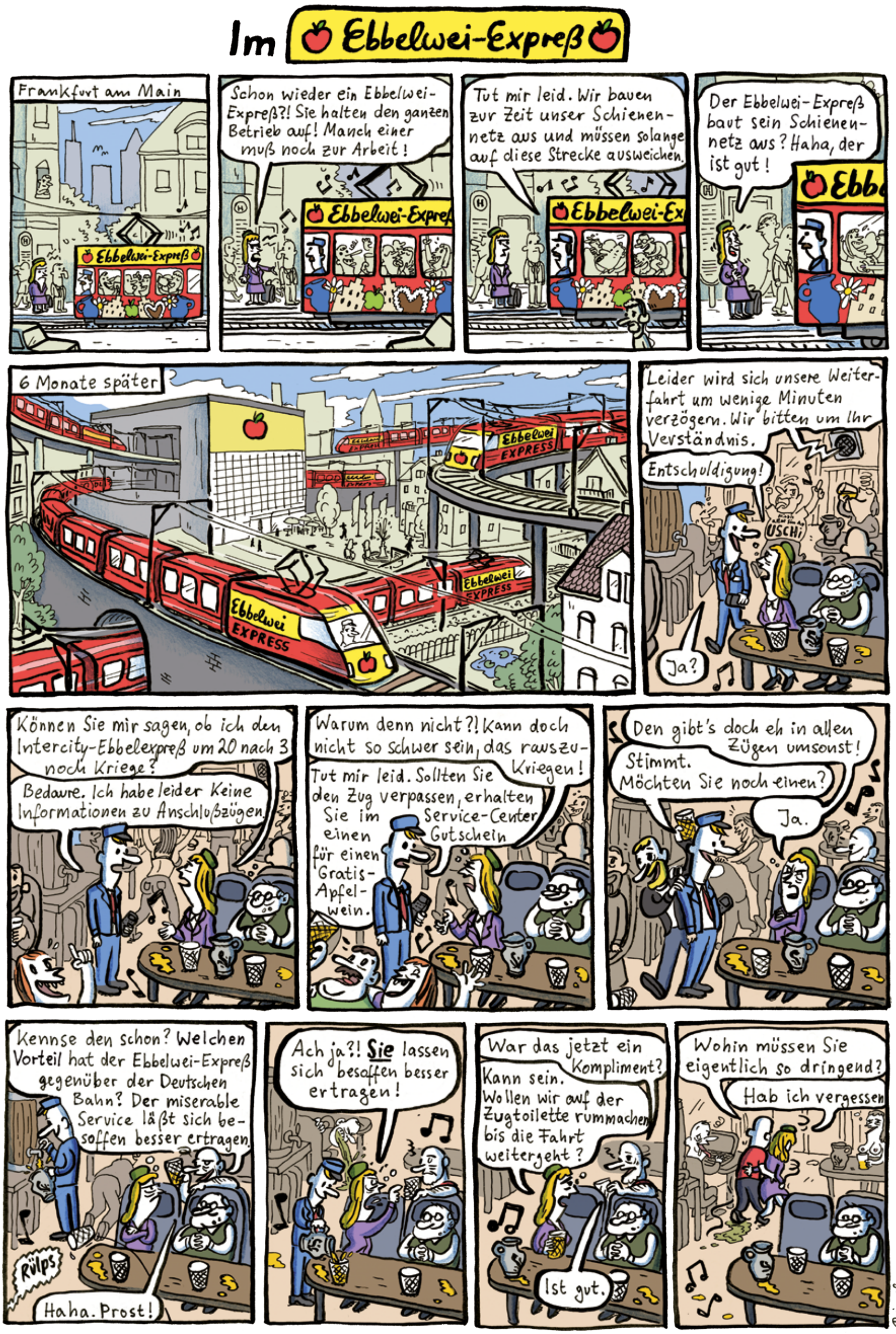
Wie geht es weiter?

DIE FRAKTION wird weiterhin versuchen, den Druck auf die jetzige und die kommende Koalition aufrechtzuerhalten.
Im Stadtparlament werden in den kommenden Monaten immer wieder Entscheidungen gefällt, die in den Themenbereich der Klimapolitik hineinragen. Diese werden Auswirkungen haben, die ein Großteil der derzeitige Politiker:innen, nicht mehr miterleben werden. Doch für Schüler:innen der heutigen Zeit werden diese Entscheidungen den künftigen Alltag bestimmen.
Die alten Menschen Frankfurts haben mit dem Senior:innenbeirat und der cDU-Fraktion bereits starke Akteure, um auf politischer Ebene Einfluss zu nehmen. Die Senor:innen tun gut daran, ihre Überheblichkeit zu überwinden und die jungen Stimmen in dieser Stadt ernstzunehmen.
Geben wir der Zukunft Frankfurts endlich auch eine solche Möglicheit zur Partizipation.

Keine Anzeige

Haben Sie auch das Gefühl, dass alles immer verrückter wird? Wieso geht es mit Allem kontinuierlich bergab und niemand tut etwas dagegen? Wir kennen die Antworten auf diese Fragen!

www.wahrheitsfunke.de


Im Ebbelwei-Expreß
Frankfurt am Main
Schon wieder ein Ebbelwei-Expreß?! Sie halten den ganzen Betrieb auf! Manch einer muß noch zur Arbeit!
Tut mir leid. Wir bauen zur Zeit unser Schienennetz aus und müssen solange auf diese Strecke ausweichen.
Der Ebbelwei-Expreß baut sein Schienennetz aus? Haha, der ist gut!
6 Monate später
Leider wird sich unsere Weiterfahrt um wenige Minuten verzögern. Wir bitten um Ihr Verständnis.
Entschuldigung!
Ja?
Können Sie mir sagen, ob ich den Intercity-Ebbelexpreß um 20 nach 3 noch Kriege?
Bedaure. Ich habe leider keine Informationen zu Anschlußzügen.
Warum denn nicht?! Kann doch nicht so schwer sein, das rauszukriegen!
Tut mir leid. Sollten Sie den Zug verpassen, erhalten Sie im Service-Center einen Gutschein für einen Gratis-Apfelwein.
Den gibt's doch eh in allen Zügen umsonst!
Stimmt. Möchten Sie noch einen?
Ja.
Kennse den schon? Welchen Vorteil hat der Ebbelwei-Expreß gegenüber der Deutschen Bahn? Der miserable Service läßt sich besoffen besser ertragen.
Rülps
Haha. Prost!
Ach ja?! Sie lassen sich besaffen besser ertragen!
War das jetzt ein Kompliment?
Kann sein. Wollen wir auf der Zugtoilette rummachen bis die Fahrt weitergeht?
Ist gut.
Wohin müssen Sie eigentlich so dringend?
Hab ich vergessen
Rügel

DIE FRAKTION IM ORTSBEIRAT

Berichte aus den Ortsbeiräten

Ortsbeirat 1

DIE PARTEI Falko Görres/Maximilian Klöckner

Die PARTEI erreichte 2016 im Ortsbezirk I 2,5% und damit ein Mandat im Ortsbeirat. Der Idee unseres GröVaZ Martin Sonneborn folgend, setzten wir um, was ihm im Europaparlament verwehrt blieb, und teilten dieses Mandat unter den vier angetretenen Kandidat:innen auf. So saßen für die PARTEI nacheinander erst Tilo Krauter, dann Alix Schwarz, Max Klöckner und schließlich Falko Görres im Ortsbeirat und machten dort sehr gute Lokalpolitik.

Auch wenn der Ortsbeirat eigentlich kaum Befugnisse hat, sondern mit wenigen Ausnahmen nur Anregungen an den Magistrat richten und der diese dann ablehnen kann, gewinnt man mitunter den Eindruck, die Probleme der Welt würden im Beirat gelöst. So jedenfalls gerieren sich dort einige der anderen Mitglieder, was reichlich Stoff für entsprechende Kommentierungen lieferte.

Als die Grünen forderten, die Stadt möge sich für ein landesweit niedrigeres Wahl-Mindestalter einsetzen, sah Die PARTEI die Chance, die großen Probleme der Welt anzugehen und stellte Anträge, landesweit ein Wahl-Höchstalter („Letztwähler“) einzuführen, und wo wir schon einmal dabei waren, auch gleich Anträge, dass Deutschland aus der NATO austreten und keine Panzer mehr an Saudi-Arabien liefern solle – ganz klar Themen für die Politik im Ortsbezirk, aber leider (knapp!) abgelehnt… Während der Affäre des von OB Feldmann in Berlin eingerichteten „Verbindungsbüro Frankfurts“ – wollte er dort etwa nur einen Bekannten mit einem gut dotierten Posten versorgen?! – forderte Die PARTEI die Einrichtung eines Verbindungsbüros für den OBR am Römer, besetzt mit einem altgedienten PARTEI-Politiker. Ebenfalls leider abgelehnt… Aufregung erregte auch die Aufstellung von Alix Schwarz zur stellvertretenden Ortsvorsteherin. Obwohl sie bei der entsprechenden Sitzung nicht einmal anwesend war, verlor sie die Wahl knapp mit 5:8 Stimmen gegen ihren cDU-Konkurrenten. Man sieht: Stimmen für Die PARTEI können etwas bewirken. Es ist nicht mehr weit bis zur Macht! Auch beim wohl kontroversesten Thema des letzten Jahres, der Sperrung des Mainkais, konnte Die PARTEI durch innovative Ansätze glänzen. Leider konnte eine Öffnung des Eisernen Stegs und Holbeinstegs für den Autoverkehr sowie Tempo 100 am Mainufer (noch) nicht durchgesetzt werden. Aber manchmal kann auch Die PARTEI nicht anders und ist realpolitisch unterwegs: Die Forderung nach einer komplett autofreien Innenstadt (die mittlerweile auch andere Parteien übernommen haben) fand aber keine Mehrheit.

Diesem Ansatz folgend, kümmerte sich Die PARTEI um das Thema Radverkehr: Diverse Radbügel am Westhafen und im Bahnhofsviertel oder Radschutzstreifen in der Gutleutstraße gehen auf erfolgreiche PARTEI-Anträge zurück. Außerdem steht die beschlossene, aber noch nicht umgesetzte Umgestaltung der Goethestraße in eine „echte“ Fahrradstraße ohne PKW-Verkehr und Parkplätze noch aus – leider wurde gleichzeitig aber gülden glänzender Asphaltbelag abgelehnt. Schade. Gleiches hat Die PARTEI jedoch noch mit der Töngesgasse vor.

Als Partei der extremen Mitte ist der PARTEI der Kampf gegen Nazis und jegliche Form von Rechtsextremismus ein Herzensanliegen. Auf ihren Antrag hin muss der Ortsvorsteher dafür sorgen, dass nach der von der verfickten AfD begonnenen Posse um ein antriassistisches Schild am Römer eben jenes Schild mit der Aufschrift „Respekt – kein Platz für Rassismus“ an jedem Gebäude, in dem der OBR tagt, zu hängen hat.

Da die ehrenamtliche Arbeit eines Ortsbeirates mit rund 250€ im Monat vergütet wird, forderte Die PARTEI außerdem, dieses Salär analog zu Horst Seehofers Forderung, Geflüchteten nur noch Sachleistungen auszuzahlen, stattdessen in Sachleistungen an die Mandatstragenden auszuschütten und haben dafür u.a. Ebbelwoi, Grie Soß und Handkäs vorgeschlagen. Die Liste wurde in einer angeregten Debatte noch erweitert, letztlich aber auch knapp abgelehnt. Die Abgeordneten der PARTEI entschlossen sich deshalb, diesen Transfer selbst vorzunehmen und tauschten in regelmäßigen Abständen an Frankfurter Wasserhäuschen die 250€ in Freigetränke fürs Wahlvolk um.

Insgesamt hat Die PARTEI in der Wahlperiode über 60 Anträge eingebracht. Für kommende Amtszeiten hat sich Die PARTEI vorgenommen, weiterhin Anträge der Spaßparteien sPD, cdU, FDP, „Grüne“ (in Frankfurt nur echt mit Autoverkehr) und insbesondere die verfickte AfD/BFF kritisch zu begleiten. Weiterhin sollen die Kernthemen Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und Basisdemokratie sowie eine nachhaltige Verkehrswende im Zentrum des Handelns stehen.

Ortsbeirat 2

PIRATEN Lothar Krauss

Erster Eindruck?
Nachdem ich 2019 als Nachrücker in den Ortsbeirat kam, wurde ich von allen Mitgliedern dort sehr freundlich empfangen. Es wurde schnell deutlich, dass im Ortsbeirat kein striktes Lagerdenken zwischen den Fraktionen vorherrscht. Hierdurch kann man sich auch als einzelne Person erfolgreich einbringen.

Erster Erfolg?
In der Februar-Sitzung 2019 wurde ein Antrag der Grünen Fraktion abgestimmt, den Radverkehr in der Fürstenbergerstraße gegen die Einbahnstraße über den Gehweg zu leiten. Da für mich der Radverkehr auf die Fahrbahn gehört, habe ich mich hier deutlich dagegen ausgesprochen, der Antrag wurde dann auch knapp abgelehnt. Als Alternativlösung habe ich einen Monat später beantragt, dass der Radverkehr auf der Fahrbahn gegen die Einbahnstraße erlaubt wird, da hier durchaus genug Platz ist. Dieser Antrag wurde sogar einstimmig angenommen. Der Magistrat hat nun bestätigt, dass er diese Variante realisieren wird.

Die lustigste Situation?
In der August-Sitzung 2019 wurde ein Antrag behandelt, die städtischen Weinberge mögen auf biologisch-dynamischen Weinbau umgestellt werden. Da ich mich im Vorfeld der Sitzung mit dem von der Organisation Demeter geprägten Begriff auseinandergesetzt hatte, konnte ich dann die Herstellung von Hornmist erläutern. Es gab durchaus etwas Gelächter, der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Sondersitzung?
Anfang Oktober 2019 besetzte die Initiative Social Hub das ehemalige Tibethaus am Hülya-Platz, nachdem bekannt wurde, dass das Objekt an einen neuen Investor verkauft wurde, der hochpreisigen Wohnraum errichten will. Das Gebäude wurde kurz darauf geräumt,

DIE FRAKTION IM ORTSBEIRAT

Berichte aus den Ortsbeiräten

Ortsbeirat 4 und 15

FREIE WÄHLER Thomas Schmitt und Rainer Drephal

Als echter „Bernemer Bubb“ ist unser Abgeordneter Thomas Schmitt dem Ortsbeirat 4, dem er von 2011 bis 2016 selbst angehörte, seit vielen Jahren sehr verbunden. Der Stadtbezirk, der die urbanen Stadtteile Bornheim und Ostend umfasst, hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Einerseits hat sich das Ostend in den vergangenen Jahren durch die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank (EZB) stark gewandelt. Andererseits steht die Weiterentwicklung von traditionsreichen Größen auf der Tagesordnung, wie beispielsweise die Erneuerung des „Panoramabads“, welches am Ratsweg in Nachbarschaft der Eissporthalle seinen neuen Platz und Namen findet. Dort kümmert sich Thomas Schmitt um das Thema der Zufahrtswege, insbesondere für beeinträchtigte Personen: Deren Bedürfnisse wurden bei der Planung nicht vollständig berücksichtigt, denn die Wege sind alles andere als problemlos und barrierefrei zugänglich. Ein entsprechendes Verkehrskonzept für An- und Abfahrtswege zum neuen Schwimmbad wurden ebenso nicht herausgearbeitet. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Bornheim:
Kneipenkultur schützen
Das obere „Bernem“ ist bekannt und geprägt durch seine vielfältigen Gastronomiebetriebe, die den Charakter des Stadtteils ausmachen. DIE FRAKTION und der Fraktionsvorsitzende Thomas Schmitt unterstützen den Erhalt dieser besonderen Kneipenkultur und setzen sich dafür ein, dass diese nicht bekämpft wird. Denn auch diejenigen, die es etwas „ruhiger“ mögen, finden in Bornheim die beliebten Straßenzüge, in denen es sich entspannen lässt. DIE FRAKTION setzt sich hier weiterhin für den Dialog aller Beteiligten ein.

Ostend:
Stadtteil im Wandel
Im Ostend waren in den vergangenen Jahren besonders große Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere durch die Eröffnung des neuen EZB-Turms und dem damit verbundenen Zuzug der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in das anliegende Viertel hat das Thema des bezahlbaren Wohnraums zu einer brennenden Frage gemacht. Die Gentrifizierung greift im Ostend um sich und droht, das Sozialgefüge in arm und reich zu zerreißen. Darüber hinaus gilt es, das Osthafengebiet als Industriestandort zu erhalten. Der Osthafen ist und bleibt eine wichtige Stätte für Gewerbetreibende und die Industrie. Die Bebauung entlang der Hanauer Landstraße und des Honselldreiecks muss entsprechend sozialverträglich gedacht werden und darf nicht mit steigenden Mietpreisen einhergehen, was auch durch den Um- und Ausbau der derzeitigen Schandflecke Ostbahnhof und Danziger Platz droht.

Riederwaldtunnel
und Einhausung A661
Die Fertigstellung des Riederwaldtunnels und die beschlossene Einhausung der A661 sind wichtige Meilensteine der Verkehrsplanung im Frankfurter Osten. Für DIE FRAKTION ist klar: Frankfurt ist eine Pendlerstadt und wird es bleiben. Dies ist auch im Ostend zu spüren. Hier ist es besonders wichtig, alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer miteinander zu vernetzen. Thomas Schmitt setzt sich deshalb für die vermehrte Schaffung von Park and Ride-Angeboten ein. Diese sollten im Idealfall mit kostenlosen Pendlerbussen angeschlossen sein, um vernünftige Alternativen zum eigenen Auto zu etablieren. Nur so kann in den Ortsbezirken der Autoverkehr deutlich dezimiert werden. Hier sind Mut und Visionen gefragt, aber auch der Wille zur Umsetzung.

Nieder-Eschbach:
Grünflächen erhalten
Im Ortsbeirat 15 vertritt Rainer Drephal die Freien Wähler, wo er sich insbesondere für die dortige Bürgerinitiative zum Erhalt der bewirtschafteten Ackerflächen und den Erhalt der Frischluftschneisen einsetzt. Im Bereich des dortigen Grüngürtelparks werden aktuellen integrierten Stadtentwicklungskonzept iSTEK 2030+ perspektivisch als Raum für Bebauung im Rahmen industrieller bzw. gewerblicher Nutzung deklariert. DIE FRAKTION unterstützt die Initiative von Ortsbeirat Rainer Drephal, der sich mit den Abgeordneten aller Parteien im Ortsbeirat zusammengeschlossen hat, um den Grüngürtelpark mit seinen 240 Hektar als bedeutenden Naturraum, der gleichermaßen als grüne Verbindung von Nieder-Eschbach, Bonames und Harheim fungiert, zu erhalten.

Keine Anzeige

Köstliche Speisen
reichhaltige Getränkeauswahl
freundlicher Service
wunderschönes Ambiente
im Herzen "Bernems"

bornheimer-dorfstadl.de

BORNHEIMER DORFSTADL
SPORTSBAR MAL ANDERS

die Diskussionen gingen aber weiter. Mit SPD, Grünen, Linken und Piraten haben wir eine Sondersitzung des Ortsbeirates beantragt, die im November stattfand. Als beratendes Gremium haben wir erreicht, dass der neue Eigentümer mit Vertretern von Social Hub und der Polizei in dieser Sitzung diskutiert hat. Eine Strafanzeige konnte abgewendet werden.

Corona?
Im März 2020 kamen bekanntlich die Einschränkung wegen Corona. Die Ortsbeiratssitzungen wurden abgesagt. Im Ortsbeirat 2 wollten wir uns aber nicht der Untätigkeit hingeben. FDP und Piraten haben zusammen Bürgersprechstunden per Videokonferenz vorgeschlagen und organisiert. An den insgesamt vier Terminen haben sich außer der BFF alle Fraktionen beteiligt, wir hatten viele Besucher:innen, und auch Vertreter:innen des Magistrates haben dort Fragen der Bürger:innen beantwortet. Die Resonanz war sehr positiv.

Digitalisierung?
Zusammen mit der FDP habe ich beantragt, dass der Magistrat zukünftig den Ortsbeiräten die Technik zum Streamen der Sitzungen zur Verfügung stellen soll. Kurz vor der Abstimmung kam ein Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers – per Post –, dass das, was wir im Ortsbeirat ehrenamtlich nebenbei organisiert hatten, doch für die Stadt sehr teuer und derzeit nicht realisierbar sei. Über unseren Antrag wurde dennoch positiv abgestimmt und er ist nun im Geschäftsgang. Um mehr Bürgerbeteiligung an unseren Sitzungen zu ermöglichen, habe ich zusammen mit der FDP ein Streaming der Sitzung mit einem Rückkanal per Textchat vorbereitet. Die anderen Fraktionen waren dem gegenüber sehr positiv eingestellt. Kurz vor der entsprechenden Sitzung im Juni wurde das Vorhaben aber durch den Stadtverordnetenvorsteher unterbunden. Als Reaktion habe ich eine Änderung der Hauptsatzung beantragt, um das Streaming dort zu verankern. Dieser Antrag erhielt eine sehr große Mehrheit und liegt nun den Stadtverordneten vor.

Ausblick?
Die Zeit im Ortsbeirat war bisher spannend und lieferte einige Erfolge. Gerade im Bereich der Bürgerbeteiligung durch das Internet wurde vieles in die Wege geleitet, was in Zukunft weiter verfolgt werden soll. Wir Piraten wollen auch künftig in den Ortsbeiräten für barrierefreie Bürgerbeteiligung eintreten – digital und vor Ort.

Keine Anzeige

Terminus Klause

Wieder da!
Die Klause ist zurück.

Köstliche Speisen · Kaiser Pils · Apfelwein · Salzstangen · schönes Wetter · uriges Ambiente · nette Menschen
All jenes und noch viel mehr gibts in Deiner Klause!

RÖMERPILSBRIEFE

Nüchterne Sachpolitik

Kommunalpolitik und Pilsbier – ein Widerspruch? Nicht im Römer. Die FR-Glosse aus dem Rathaus.

Töpfert: Also, dann um 14 Uhr im Römerpilsbrunnen?
Scheppert: Wieso nicht mal ins Café Mozart?
Töpfert: Nee… Da hält Feldmann doch immer Hof.
Scheppert: Ach, stimmt ja. Seitdem gibt's da auch kein Bier mehr.
Töpfert: Na gut. dann eben zu Bodos Bistro…

Da ist es wieder, das leidige Thema mit der nüchternen Sachpolitik, liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalpolitik. Bezeichnend: Regelmäßig fragen unsere Leserinnen und Leser, wie wir die Arbeit im Römer, der öffentlichen Nervenheilanstalt für Profilneurosen im Herzen unserer Stadt, nüchtern ertragen können. Die Antwort: gar nicht. Was bei den Schreibern dieser äußerst beliebten Glosse am liebsten im Glas perlt, vermag die schlagseitige Leserin und der deliriöse Leser am Titel dieser Kolumne abzulesen. Ein wohlgehütetes Geheimnis ist es aber, womit sich unsere Polit-Granden die Birne vernebeln. Wir haben einen Blick in die Bierbüchse der Pandora gewagt.

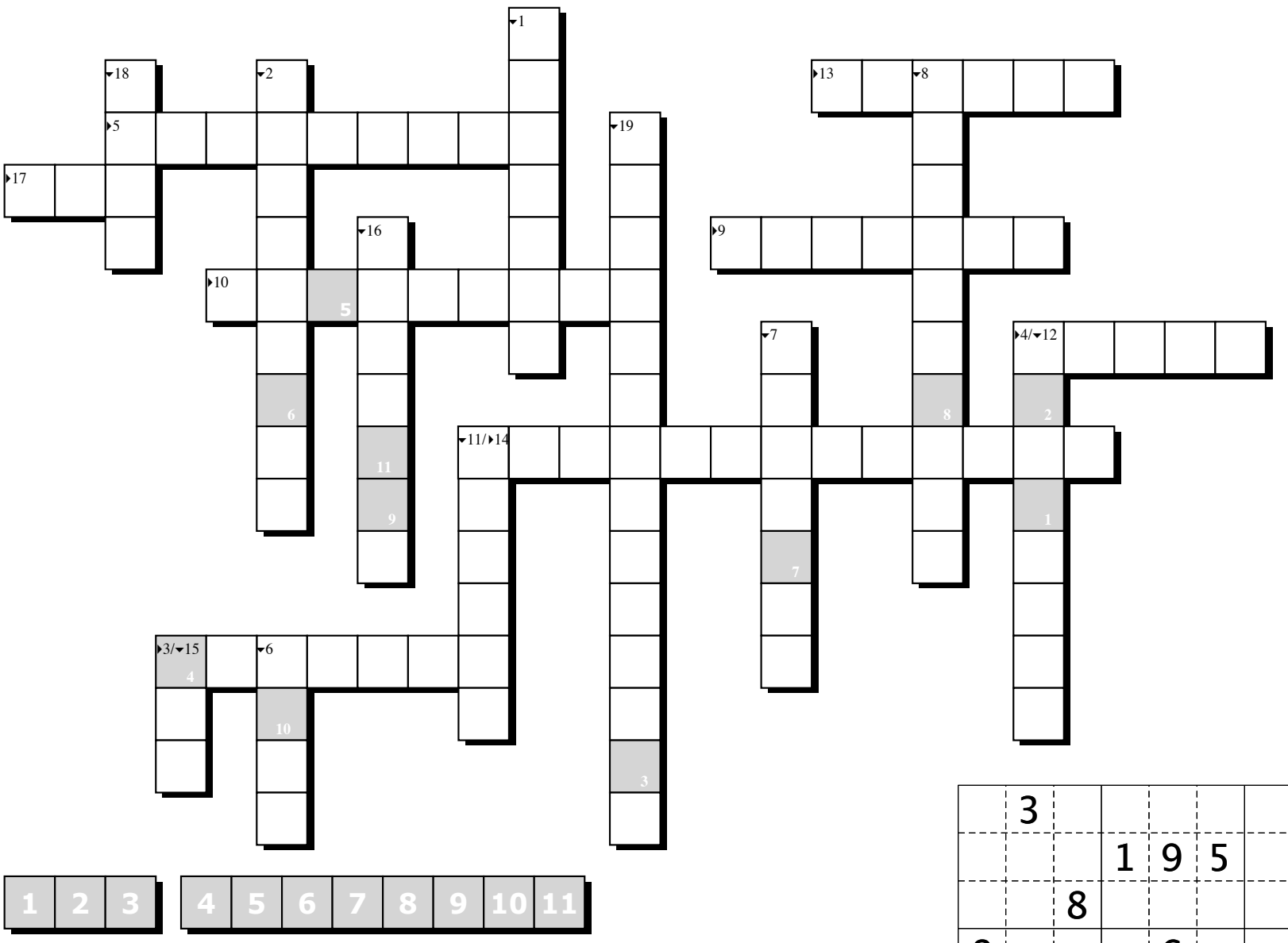
Markus Frank: Der ewigjunggebliebene Thekencharismatiker und Hans Dampf in allen B-Ebenen-Spelunken präsentiert den bierseeligen Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main schon auch mal dynamisch mit einem geöffneten ersten Hemdknopf. Außenstehende fragen sich, wie „unser Maggus" es nur schafft, immer so geschmeidig daherzukommen. Wir wissen: Der passionierte Tankwart trinkt nur Diesel.

Mike Josef: Jung, dynamisch, erfolgreich – Attribute, die man mit der SPD der 1950er Jahre unter Erich Ollenhauer verbindet. Seitdem backen die Sozialdemokraten kleinere Brötchen. Und so tritt auch Josef betont bescheiden auf: Generös überlässt er seinem Edel-Genossen Oliver Strank das Einheimsen von Wahlniederlagen auf bundespolitischer Ebene. Abends gönnt sich der Neu-Höchster aber regelmäßig ein Glas Rubby Bubble – mit Wodka.

Stefan Majer: Grün muss es sein – die Leber wie die Becks-Flasche. Nach diesem alten Hausrezept (entwickelt im eigenen „Politiklabor" in der Berliner Straße) wird auch im Personal- und Gesundheitsderzernat regiert, bis die Lunge pfeift. Hier wird die Grüne Soße ganztägig mit „der geheimen Zutat" (Pfefferminzlikör) „verfeinert".

Stephan von Wangenheim: Häppchen hier – Häppchen da – Häppchen in Amerika (Generalkonsulat in der Gießener Straße). Der Jetsetter liberaler Wohlseinspolitik ist Hobbyfotograf (Handy), liebt die Elsässer Woche und entpannt zu Hause gerne im charaktersicheren Jazz-Zimmer bei einem schönen „Geniesling" (Riesling) aus stadteigener Produktion – wohl bekomms!

Klaus-Jörg Töpfert und **Georg Scheppert** berichten für die FR aus dem Römer.



1. Fraktionär Freie Wähler
2. Fraktionär Die PARTEI
3. Fraktionär PIRATEN
4. Name des Rathauses
5. Ost-Frankfurt (OF)
6. OB vor Peter Feldmann
7. Frankfurter Käse
8. Museum für komische Kunst
9. „Bier" aus Frankfurt
10. Glas für den Apfelwein
11. Kunsthalle in Frankfurt
12. Eine Endstation der U8
13. Stadtteil im Westen
14. Dribbdebach
15. Kurzform Frankfurt
16. Satiremagazin aus FFM
17. Kultureinrichtung
18. Club (ehemals Sinkkasten)
19. Trinkhalle

Die Lösung senden Sie bitte an DIE FRAKTION, Bethmannstraße 3 60311 Frankfurt. Unter allen Einsendungen verlosen wir einen Abend im Museum für Komische Kunst.

	3							
			1	9	5			
		8					6	
8				6				
4			8					1
				2				
	6					2	8	
			4	1	9			5
	8						7	

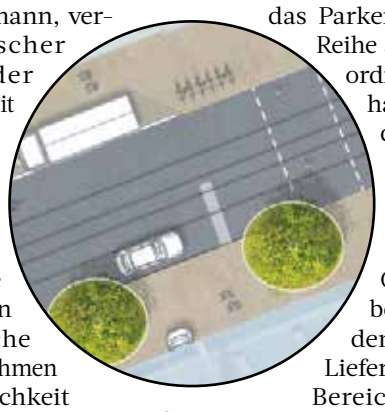
VERKEHRSKONZEPT FÜRS BAHNHOFSVIERTEL

Das Tor zur Stadt

Dass Verkehrsplanung und Stadtentwicklung gerade untrennbar zusammenhängen, ist mittlerweile auch in den Köpfen der Politiker:innen angekommen. Während die Frankfurter Regierungskoalition sich nicht an ihren Koalitionsvertrag hält, in dem ein autofreier Sonntag im Jahr großspurig angekündigt wurde, und sich die Regierungskoalition nicht auf ein konstruktives Ende des Verkehrsversuches am Mainkai einigen konnten, legt DIE FRAKTION nun ein Verkehrskonzept für das Bahnhofsviertel vor, das in Teilen schon morgen umsetzbar ist. Erstellt wurde es vom renommierten Frankfurter Planungsbüro „Drei Eins“, das am Frankfurter Radentscheid beteiligt war und jüngst mit dem Clemens-Altschiller-Preis zur Förderung der sozialräumlichen Aspekte in Architektur, Soziologie und dem Engagement im Gemeinwesen ausgezeichnet wurde.

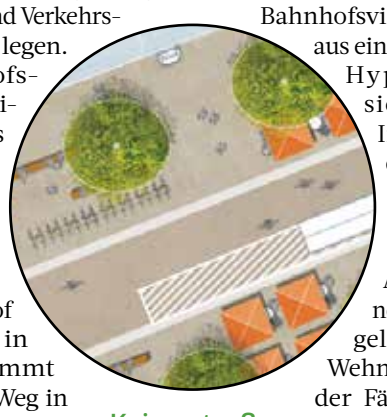
„Eine Vision für die zukünftige Entwicklung“

„Seit mehreren Jahren fordert unsere Fraktion, dass das Bahnhofsviertel autofrei wird“, sagt Nico Wehnemann, verkehrspolitischer Sprecher der FRAKTION. „Mit unserem Konzept „Bahnhofsviertel – Tor zur Stadt“ legen wir eine Vision vor, die schon morgen ohne bauliche Umbaumaßnahmen in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte.“ DIE FRAKTION möchte damit einen Grundstein für eine langfristige Stadtraum- und Verkehrsentwicklung legen. Das Bahnhofsviertel soll seinen Status als Tor zur Stadt zurückerhalten, das seine Besucher:innen, die am Hauptbahnhof ankommen, in Empfang nimmt und auf den Weg in das Stadtzentrum einlädt.


Münchener Str.

„460 Parkplätze entfallen zugunsten der Menschen auf den Straßen“

Den Grundstock zur Neuordnung des Straßenraums bildet der Entfall von 460 Parkplätzen zugunsten von Radfahrer:innen und Fußgänger:innen in Taunus-, Kaiser- und Münchener Straße sowie der Achse Windmühl-/Moselstraße. Die Flächen für den ruhenden Verkehr prägen derzeit das Bahnhofsviertel und finden sich in fast allen Straßen. Dies führt dazu, dass das Parken in zweiter Reihe an der Tagesordnung ist und hat zur Folge, dass in der Münchener Straße die drei Tramlinien des ÖPNV massiv behindert werden. Lade- und Lieferzonen sowie Bereiche für das Handwerk scheinen dagegen nicht auszureichen oder zu existieren.


Kaiserstraße

Ein Anachronismus: „Das Bahnhofsviertel stammt aus einer Zeit vor der Hypermotorisierung. Die Infrastruktur der Prachtstraße war nie für ein umfassendes Anwohner:innenparken ausgelegt“, erklärt Wehnemann. „Aus der Fähigkeit, sich eine der hohen Mieten für eine Wohnung im massiv unter Gentrifizierungsdruck stehenden Bahnhofsviertel leisten zu können, leitet sich nicht ab, dass man auch unmittelbar vor der Wohnung einen Parkplatz hat.“

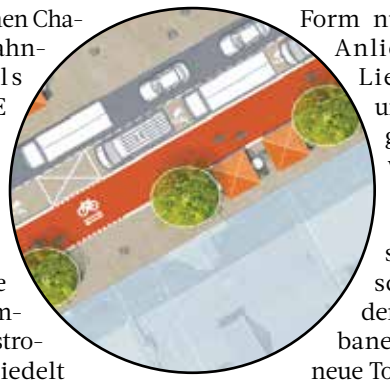
„Einrichtung von Lade-Liefer- und Handwerkzonen sind zentraler Punkt“

Dabei ist das Bahnhofsviertel wie kaum ein anderer Stadtteil umfassend durch den ÖPNV erschlossen. DIE FRAKTION sieht deshalb die Einrichtung von Lade-Liefer-Handwerkzonen (LLH-Zonen) als zentralen Bestandteil vor, um die Erschließung der anliegenden Gewerbetreibenden weiterhin zu gewährleisten. Für den ruhenden Verkehr sieht das Konzept eine Verlagerung in die umliegenden Parkhäuser und Tiefgaragen vor – allein im fußläufig erreichbaren Umkreis von 500 Metern stehen hier ca. 3.700 Parkplätze zur Verfügung.

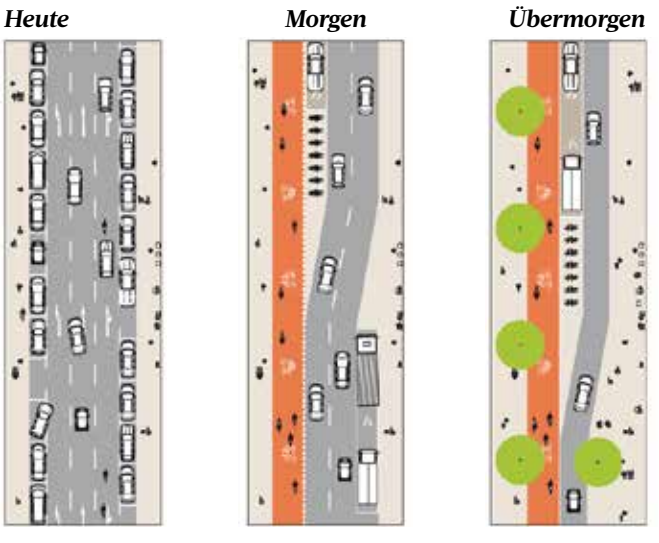
Die Verkehrspläne der FRAKTION machen deutlich, welche Flächen gewonnen werden können. In der Taunusstraße kann auf diesem Wege nicht nur Raum für eine das Stadtteilklima verbessernde Begrünung geschaffen werden. DIE FRAKTION sieht für die Taunusstraße die Einrichtung eines Zwei-Wege-Radweges vor, der sich an eine sichere Radverbindung in Richtung Eschenheimer Turm und Fahrradstraße Töngesgasse anschließen würde.

„Neue Sackgasse lässt urbanen Platz in der Kaiserstraße entstehen“

Den historischen Charakter des Bahnhofsviertels greift DIE FRAKTION insbesondere in der Kaiserstraße auf. Wo sich heute schon viele Menschen tummeln und Gastronomie angesiedelt hat, soll die Straße in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich umgewandelt werden. Ziel ist die Stärkung des Charakters der Straße als Prachtstraße. Durch Aufpflastern der Fahrspuren auf das gleiche Niveau wie die verbreiterten Gehwege entsteht eine gemeinschaftlich genutzte Verkehrsfläche, auf der Frankfurter:innen und Besucher:innen gleichsam in das Stadtzentrum flanieren können. Markanteste Änderung wird die Einrichtung einer neuen Sackgasse im Osten der Kaiserstraße hin zur Gallusanlage.


Taunusstraße

Die Kaiserstraße, die in dieser Form nur noch für Anlieger:innen, Lieferverkehr und Handwerk geöffnet sein wird, erhält so ein Pendant zum Kaisersack und umschließt mit dem neuen urbanen Platz das neue Tor zur Stadt.



DIE FRAKTION STELLT MODERNES VERKEHRSKONZEPT VOR

Eine Vision für das Bahnhofsviertel

Ins Zentrum flanieren

KAISERSTRASSE Das neugestaltete Tor zur Stadt

Auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs begrüßt sie alle, die mit dem Zug in Frankfurt ankommen: die Kaiserstraße. Rechts und links stehen, von Bäumen gesäumt, die Gründerzeitfassaden Spalier. So öffnet sich die Straße hin zum Stadtzentrum und gibt den Blick auf die Wolkenkratzer des Bankenviertels frei. Als eine der letzten verbliebenen Prachtstraßen hat sie den vergangenen Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel vollzogen. Die Rotlichtbetriebe, die einst das Straßenbild prägten, sind nur noch im oberen Abschnitt in Richtung des Hauptbahnhofs zu finden. Heute ist die Kaiserstraße eine beliebte Ausgehmeile des Bahnhofsviertels.

Das Verkehrskonzept der FRAKTION möchte den Charakter der Straße als Flaniermeile stärker hervorheben. Hierfür will DIE FRAKTION die Kaiserstraße zu einem verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 umgestalten, an dem die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer:innen herrscht.

„Ein neuer urbaner Platz neben den Wallanlagen“

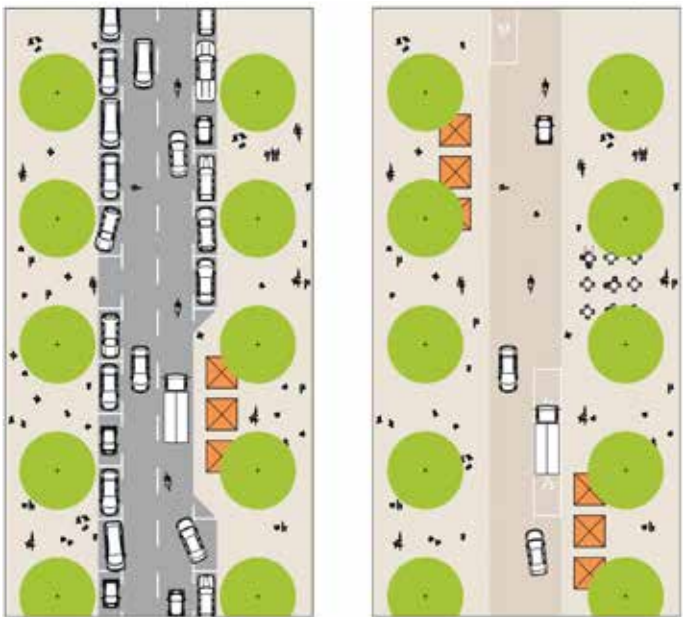
Ein Kernpunkt der Straßenumgestaltung ist die Schließung der Kaiserstraße hin zur Gallusanlage am östlichen Ende, sodass nicht nur der Durchgangsverkehr aus der Straße verschwindet, sondern ein neuer urbaner Platz in direkter Nachbarschaft der Wallanlagen entstehen kann. Ein Pendant zum Kaisersack im Westen, der mit dem Umbau des Bahnhofsvorplatzes zusätzlich die Lebensqualität in der Kaiserstraße verbessern wird.

VERKEHRSKONZEPT ONLINE
www.die-fraktion.net

„Großer Beitrag zur lebenswerten Stadt“

Als Anliegerstraße, die für Anwohner:innen, Lade- und Lieferverkehr sowie das Handwerk weiterhin befahrbar bleibt, soll der gesamte Straßenraum aufgepflastert werden und sich nur noch farblich von den Gehwegen unterscheiden. So wird sich die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer:innen unmittelbar im Straßenbild darstellen und der Straßenraum, der heute noch von parkenden Autos eingenommen wird, frei für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, die zum Einkaufen in die Kaiserstraße kommen oder eines der Restaurants besuchen möchten. Dass dieses Konzept der geteilten Verkehrsfläche funktioniert, hat nicht zuletzt die Mariahilfer Straße in Wien bewiesen. Dort wurde diese Gestaltung der Verkehrsflächen als Begegnungszonen im Jahr 2013 versuchsweise ohne bauliche Maßnahmen umgesetzt und nach einer Bürgerumfrage im Jahr 2014, bei der sich die Mehrheit der anwohnenden Wiener:innen für das Konzept aussprachen, dauerhaft etabliert. Mit Sicherheit ein Beitrag dazu, dass Wien 2019 zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt wurde.

Heute ***Morgen***



Neue Wege

TAUNUSSTRASSE Die Fahrrad-Achse

Als städtebauliche Sünde der autofreundlichen Stadt hat die Taunusstraße bis heute überlebt und nimmt einen großen Teil des Verkehrs aus dem Stadtzentrum auf, der vom Eschenheimer Tor über die Taubenstraße, Goetheplatz und Große Gallusstraße in das Bahnhofsviertel hineinläuft. Das Verkehrskonzept der FRAKTION sieht nun die Kappung dieser Verbindung – wie schon 2009 mit der gegenläufigen Verbindung durch die Sperrung der Hauptwache geschehen – vor. DIE FRAKTION plant in ihrem Konzept zwei Entwicklungsschritte für die Taunusstraße: In einem ersten Schritt soll durch den Wegfall aller Parkplätze (außer Lieferzonen) und einer Fahrspur Platz für die Einrichtung eines Zwei-Richtungs-Radwegs geschaffen werden.

„Radweg vom Bahnhofsviertel bis zum Eschenheimer Tor“

Durch den neuen Radweg entsteht in der Taunusstraße eine Radverbindung in das Stadtzentrum, die das Nordend gleichermaßen wie die Innenstadt erschließt, wo Anschluss an die Fahrradstraße Töngesgasse besteht. Als Zubringer des Radverkehrs an den Hauptbahnhof stärkt dies nochmals den Charakter desselben als multimodale Mobilitätsstation. Nach Vorstellung der FRAKTION sollen hier nicht nur verschiedene Car- und Bike-Sharing-Angebote ineinandergreifen. Mit einem am Hauptbahnhof schon geplanten Fahrradparkhaus sollen die Frankfurter:innen am Ende des neuen Radweges einen sicheren Ort zum Abstellen ihres Fahrrads erhalten, um von dort aus bequem auf andere Verkehrsträger zu wechseln.

In einem zweiten Schritt sieht das Verkehrskonzept der FRAKTION den Wegfall einer weiteren Fahrspur in der Taunusstraße vor, die nicht nur die Optimierung der Verkehrssituation im Blick hat, sondern auch eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Taunusstraße erzielen möchte. Nach dem Wegfall des Autoverkehrs soll das Pflanzen von Bäumen insbesondere das Stadtklima in der Taunusstraße verbessern, welche heute lediglich eine urbane Wüste aus Asphalt und stehendem Blech ist.

Impressum
Die FraktionsRundschau ist eine Werbebeilage der DIE FRAKTION.
DIE FRAKTION
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
V.i.S.d.P.: Nico Wehnemann
(c) 2020 Die FRAKTION
info@die-fraktion.org
www.die-fraktion.net

DIE FRAKTION
DIE FRAKTION ist eine Fraktionsgemeinschaft der Stadtverordneten Wehnemann, Schmitt und Förster von Die PARTEI Frankfurt, FREIE WÄHLER Frankfurt und PIRATENPARTEI Frankfurt